

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
14. Sep. 2016
12:27h

18.60



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

In den Ausschuss für Integration, Europa
und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
In den Sozialausschuss

13.09.2016

Dringlichkeitsantrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Anhörung:

Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge

Die CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover beantragt eine öffentliche Anhörung in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) und des Sozialausschusses zum Thema

Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge

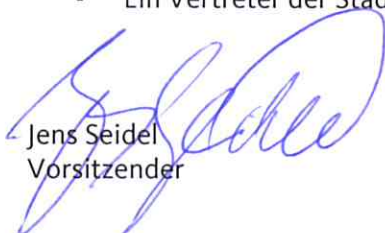
Begründung:

Fachleute aus dem kassenärztlichen Bereich kritisieren ein Nebeneinander verschiedener Abrechnungswege in Niedersachsen. Beispielsweise gibt es in Hildesheim neben der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) auch den so genannten Berechtigungsschein „Karte Hildesheim“. In den Landkreisen Leer und Osnabrück gibt es dagegen die Direktabrechnungsmöglichkeit. Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge macht zudem die Nutzung eines Abrechnungsscheins für den Zeitraum zwischen Anmeldung und Erhalt der eGK notwendig. Diese Vielfalt an Abrechnungswegen erschwert die Administrative in Arztpraxen erheblich. Ein Bürokratieabbau ist unbedingt zu befürworten, dies scheint bei der Menge an verschiedenen Abrechnungswegen allerdings nicht gegeben zu sein.

Um eine fundierte Entscheidung über die Einführung der eGK für Flüchtlinge treffen zu können, sind detailliertere Informationen und praktische Erfahrungswerte aus Hildesheim und Osnabrück hilfreich und notwendig.

Anzuhören sind:

- Ein Vertreter des Landkreises Osnabrück
- Ein Vertreter der Stadt Hildesheim


Jens Seidel
Vorsitzender